

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Joachim Poß sieht in den Steuerplanspielen von CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble ein Mißtrauensvotum gegen Finanzminister Waigel.

Seite 1

Detlev Samland berichtet über die Beratungen des "1. Europäischen Seniorenparlaments"

Seite 2

Lissy Gröner stellt die Maßnahmen und Programme der EU in der Jugend- und Bildungspolitik vor.

Seite 3

49. Jahrgang / 64

5. April 1994

Waigel kontra Schäuble: Wer bestimmt die Steuerpolitik der Union?

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Während Bundesfinanzminister Waigel vollmundig verspricht, neben er 28 Milliarden DM schweren Einführung des Solidaritätszuschlags für alle Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen würde es 1995 keine weiteren Steuererhöhungen geben, arbeitet der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Schäuble nach Zeitungsberichten an einem Konzept, das unter anderem eine Erhöhung von Verbrauchssteuer, eine Anhebung der Vermögensteuer sowie die Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr vorsieht. Offenbar hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU erkannt, daß Bundesfinanzminister Waigel die notwendige Übersicht in der Steuer- und Finanzpolitik vollkommen verloren hat und sucht am Bundesfinanzminister vorbei nach eigenen Lösungen.

Dieser Vorgang ist ein bemerkenswertes Mißtrauensvotum gegenüber dem Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzenden. Er zeigt, daß Waigels Taktik, sich zumindest bis zu den Landtagswahlen in Bayern über die Runden zu retten und die Bürger über das wahre Ausmaß der Finanzkrise des Bundes im Unklaren zu lassen, von seinen eigenen Parteifreunden nicht akzeptiert wird. Er zeigt aber auch, daß der Bundesfinanzminister, dessen Steuerpolitik die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bisher blindlings gefolgt ist, erheblich an Autorität verloren hat. Hat jetzt der Steuerjurist Schäuble das steuerpolitische Ruder in der Union übernommen?

Längst ist klar, daß Bundesfinanzminister Waigel die drängenden steuerpolitischen Fragen vor sich her schiebt und am liebsten auf die nächste Legislaturperiode vertagen will, denn dann ist er - nach eigenem Bekunden - in jedem Fall nicht mehr Bundesfinanzminister. Selbst um die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Steuerfreistellung des Existenzminimums will er sich herumdrücken. Seine jetzt bekannt gewordene Auffassung, die Steuerfreistellung müsse nicht in einem Schritt erfolgen, sondern könne auch in Stufen verwirklicht werden, ist ein erneutes Beispiel dieser Verschiebungsmentalität. Sie mag auch angesichts der von Waigel selbst zu verantwortenden enormen Finanzprobleme unseres Staates verständlich sein. Diese Verschiebung stellt jedoch eine glatte Mißachtung des Auftrags des Bundesverfassungsgerichts dar. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluß vom September 1992 dem Gesetzgeber nur deshalb die lange Frist bis Anfang 1996 eingeräumt, damit ausrei-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53119 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung
mit wertvollen
Korrekturen
Korrekturen



chend Zeit für die Erarbeitung einer verfassungsrechtlich einwandfreien, steuersystematisch überzeugenden und auch finanzwirtschaftlich vertretbaren Lösung zur Verfügung steht.

Wenn Herr Waigel gleichwohl sehenden Auges auf eine offensichtlich verfassungswidrige weitere Besteuerung des Existenzminimums hinarbeitet, wird er seiner Verantwortung als Bundesfinanzminister nicht gerecht. Eine verfassungsrechtlich nicht ausreichende Anhebung des Grundfreibetrags würde nämlich nach den ausdrücklichen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts dazu führen, daß der Lohn- und Einkommensteuertarif 'im ganzen verfassungswidrig' wäre. Damit wäre dann die Erhebung von Lohn- und Einkommensteuer insgesamt nicht mehr möglich und das gesamte Finanzwesen der Bundesrepublik Deutschland würde zusammenbrechen.

Diese katastrophalen Auswirkungen von Waigels Verschiebe- und Vertagungsversuchen belegen, daß er ganz offensichtlich seinem Amt als Bundesfinanzminister nicht mehr gewachsen ist und der CDU/CSU-Vorsitzende Schäuble ihm daher zu Recht die steuerpolitischen Richtungsentscheidungen abnehmen will.

(-/5. April 1994/ru/ks)

6. April 1994 - Tag der Älteren
Unser Motto: Europa - Nicht ohne die Älteren!

Von Detlev Samland MdEP

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 1994 hat das Europäische Parlament - gegen die zwölf Regierungen - die Voraussetzungen für die Fortführung der Aktivitäten des 'Europäischen Jahres der Älteren und der Solidargemeinschaft der Generationen' geschaffen. Für 1994 stehen rund 11,3 Millionen DM für die Umsetzung der Ergebnisse des Europäischen Parlaments der Senioren zur Verfügung.

Vom 22. bis 24. November 1993 sind 536 Senioren aus den zwölf Mitgliedstaaten zum 1. Europäischen Seniorenparlament zusammengekommen. Vorgeschlagen wurden sie von den jeweiligen Fraktionen, so daß sie auch die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament widerspiegeln. Ergebnis der Beratungen war eine Schlußerklärung mit der die Gemeinschaft aufgefordert wurde, einen Europäischen Aktionsplan für die älteren Menschen zu verabschieden. Dem ist das Parlament im Rahmen seiner Haushaltskompetenz jetzt gefolgt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Beratungen war die Entwicklung der Alterspyramide und die daraus abgeleiteten Folgen für das Einkommen im Alter. Im Jahre 1990 waren circa 25 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union unter 20 Jahren, 22 Prozent über 60. Außerdem hat sich die Gruppe der über 80jährigen in den letzten 30 Jahren in Europa von 1,6 auf 3,4 Prozent mehr als verdoppelt.

Übrigens sieht dieses Verhältnis in den USA und in Japan anders aus. Dort waren 28,4 Prozent (USA) und 26,6 Prozent (Japan) unter 20 Jahren. Innerhalb Europas ist mit Ausnahme Irlands die Verteilung sehr gleichmäßig.

Die Gruppe der Älteren (über 60) wird sich allerdings in den nächsten 40 Jahren explosionsartig weiterentwickeln. Machte sie 1990 noch 22 Prozent aus, wird sie im Jahre 2030 auf über 37 Prozent ansteigen. Gleichzeitig wird die Gruppe zwischen 20 und 60 von heute 58 Prozent auf 47 Prozent abnehmen. Das bedeutet, jeder Berufstätige sorgt heute für 0,38 Rentner, in 2030 wird jeder Berufstätige für 0,78 Rentner sorgen.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen des Seniorenparlaments eindeutig:

- das Recht auf eine Mindestrenten, die ein Leben in Würde gestattet,
- das Recht auf freie Wahl des Wohnortes und auf soziale Dienste vor Ort.

Klar aber ist: Der Europäischen Union stehen nur koordinierende Aufgaben zu, denn die Renten- und Sozialgesetzgebung bleibt in ihrem Leistungsangebot national geregelt.

Zum Abschluß des Parlaments lautete die Kernaussage: "Wir wollen keine verordnete Aufmerksamkeit auf Zeit. Wir wollen gleiche Lebensbedingungen für die Älteren in Europa." Wir Sozialdemokraten haben diese Forderung aufgegriffen. Die auf dem Wiesbadener Parteitag der SPD gegründete Arbeitsgemeinschaft der Senioren in der SPD wird deshalb am 4. Mai eine bundesweite Aktion durchführen, in der sie mit Straßenaktionen gezielt die älteren Menschen zum Mittag einladen will. Wandzeitungen, Gespräche und kulturelle Angebote sollen dazu beitragen, das Gewicht dieser gesellschaftlichen Gruppe stärker als bisher in die Ausgestaltung des täglichen Lebens einzubringen. Denn unser Motto lautet: Europa - Nicht ohne die Älteren!

(-/5. April 1994/hgs/fr)

Die Jugendpolitik der Europäischen Union

Von Lissy Gröner MdEP

Die tragende Säule bisheriger EU-Jugendpolitik sind Austauschprogramme. Die existierenden Programme der Europäischen Union (EU) sprechen Jugendliche ab 16 Jahren an. Kinder kamen im EWG Vertrag nicht vor. Nach Angaben des Bundesministeriums für Frauen und Jugend nahmen rund 22.000 deutsche Jugendliche an den 14 verschiedenen europäischen Bildungsprogrammen teil. Ziel muß es sein, auch Jüngeren eine multikulturelle Begegnung zu ermöglichen, das heißt den Schüleraustausch zu forcieren. Ebenso müssen vor allem benachteiligte Jugendliche stärker berücksichtigt werden und die Betroffenen in angemessener Weise beteiligt werden. Indirekte Einflußnahme der Verbände ist durch die Abgeordneten des EP auch jetzt schon möglich.

Socrates

Die Kommission legte im Februar ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm für den Bereich der Bildung im Primär- und Sekundärbereich für den Zeitraum 1995 - 1999 mit insgesamt 1.005,6 Millionen ECU vor. "Socrates" wird die in diesem Bereich bestehenden Programme, die Ende dieses Jahres auslaufen, zusammenfassen und auf den Primärbereich ausweiten. Das Aktionsprogramm soll drei Bereiche umfassen:

- a) Zusammenarbeit der Hochschulen (bisheriges Programm ERASMUS) zur Förderung von Lernenden und Lehrenden mit 574,3 Millionen ECU.
- b) Zusammenarbeit im Schulunterricht "Europa in der Schule" stellt eine Neuheit dar und ist mit 197,2 Millionen ECU ausgestattet. Dadurch soll die Bildung von Partnerschaften zwischen Schuleinrichtungen verschiedener Mitgliedstaaten unterstützt werden.
- c) Weitere Maßnahmen auf allen Lehrebenen sollen vorrangig die Sprachkenntnisse durch Auslandsaufhalte für künftige Sprachlehrer durch Fernunterricht, Informations- und Erfahrungsaustausch mit insgesamt 234,1 Millionen ECU fördern.

Das "Socrates"-Programm wurde im zuständigen Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien beraten. Wir wollen im Ausschuß darauf hinwirken, daß eine elitäre Praxis bei allen Maßnahmen vermieden wird und benachteiligte Gruppen stärker als bisher zum Zug kommen. Die Begegnung der Jugendlichen und der Wert interkulturellen Lernens kann dabei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Frauen waren bislang sehr gut vertreten, daß muß erhalten bleiben.

Und ich gehe in der Forderung weiter, daß in einem Studenten- und Bildungspaß die interkulturelle Studienzeit nachgewiesen werden kann und untereinander anerkannt wird, nicht nur der Abschluß.

Kommission schlägt neues Gemeinschaftsprogramm "Leonardo" für den Bereich der Berufsausbildung ab 1995 mit 800 Millionen ECU vor.

Auf Initiative des Kommissars Antonio Ruberti, zuständig für Forschung, Ausbildung und Erziehung, hat die Europäische Kommission ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm auf dem Gebiet der Berufsausbildung vorgeschlagen, das mit einem Budget von 801,8 ECU für fünf Jahre (1995-1999) aus-

gestattet sein soll. Mit diesem Aktionsprogramm werden die bestehenden gemeinschaftlichen Programme auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung vereinfacht und zusammengefaßt.

Wenn das neue Programm von Parlament und Rat angenommen wird, garantiert es die Weiterführung der Programme COMETT (Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen), PETRA (Grundausbildung), FORCE (Weiterbildung) und EUROTENET (moderne Techniken und Systeme), die Ende dieses Jahres auslaufen. Der Kommissionsvorschlag sieht drei Schwerpunkte vor:

- a) Förderung der Qualität der Ausbildungssysteme und -anlagen (bevorzugt gemeinsame Aktionen, wie zum Beispiel Austausch von jungen Leuten und Entscheidungsträgern, gegenseitige Anerkennung von Ausbildung, Untersuchungen und Analysen zum besseren gegenseitigen Kennenlernen der Systeme der Mitgliedstaaten)
- b) Förderung der Erneuerung der Verwaltung, der Methodik und bei den Materialien in der Berufsausbildung (Einsatz technologischer Erneuerungen und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten)
- c) Förderung der Einbeziehung der europäischen Dimension in die Berufsausbildung auf allen Ebenen (Unterstützung, Verbesserung und Ausweitung des europäischen Netzes für Berufsausbildung und Unterstützung der Fremdsprachenkenntnisse).

Dieses Programm wird im EP federführend im Sozialausschuß beraten. In der Stellungnahme des Jugendausschusses wird ein Recht auf Zugang zur Berufsbildung ohne Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit gefordert.

Für eine proportionale Beteiligung von Frauen an diesem Programm will die Kommission zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen und auch den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Kommission hat unsere Anregung aufgegriffen und für Sozialversicherungsschutz für die Jugendlichen während der Austauschmaßnahmen gesorgt, derart, daß die Zeit im Ausland als integraler Bestandteil der Ausbildung im Herkunftsland anerkannt wird.

In diesem Rahmen bewegt sich der Handlungsspielraum für Aktionen und Aktivitäten im Europäischen Parlament. Kinder- und Jugendhilfe ist und bleibt in wesentlichen Teilen nationale Zuständigkeit mit sehr unterschiedlichen Modellen in den zwölf Mitgliedsländern.

Programm "Jugend für Europa III"

Diese Neuauflage des Programms mit der Laufzeit von 1995 bis 1999 wird mit einer Gesamtsumme von 157 Millionen ECU veranschlagt, das entspricht circa 300 Millionen D: Für etwa 400.000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren sowie Jugendarbeiter und -betreuer sollen Maßnahmen angeboten werden. Mindestens ein Drittel der vorgesehenen Mittel soll für benachteiligte Jugendliche eingesetzt werden, ein besonderer Erfolg des Europäischen Parlaments. Wir werden darüber wachen, daß diese besonders schwer zu erreichende Zielgruppe durch Transparenz und unbürokratische Bearbeitung der Aktionen von Anfang an einbezogen wird.

"Jugend für Europa III" soll sich an fünf Aktionslinien orientieren:

- Aufbau von Projekten und Netzwerken; gefördert werden sollen hier unter anderem Jugendinitiativen und Projekte (zum Beispiel im Rahmen von Freiwilligenorganisationen), die Jugendlichen einen Aufenthalt in einem anderen EU-Land ermöglichen;
- Aus- und Weiterbildung von Jugendbetreuern; gefördert werden sollen hier unter anderem Studienbesuche, Aufenthalte, Seminare und die Entwicklung von Ausbildungsmaterialien. Besonders gefördert werden sollen mit dieser Aktionslinie die fremdsprachliche Vorbereitung sowie die Weiterbildung von Betreuern benachteiligter Jugendlicher;
- Kooperation zwischen den Institutionen der Jugendarbeit.

In "Jugend für Europa III" fließen spezifisch jugendpolitische Elemente ein aus Jugend für Europa, vorrangige Maßnahmen im Bereich der Jugendpolitik, PETRA, TEMPUS, sowie Jugendinformationsmaßnahmen, die bislang von der Generaldirektion X, Information, durchgeführt wurden.

(/5. April 1994/hgs/tr)